



VEREINBARKEIT VON POLITIK UND BERUF, ÜBERGANG UND BERUFLICHE WIEDER- EINGLIEDERUNG VON ABGEORDNETEN

Eine Befragung der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung
und der kantonalen Exekutiven

Impressum

Autoren

Stefano Assanti
Mathieu Gobet
Dr Vincent Mabillard
Prof. Dr Martial Pasquier

Übersetzungen

Dr Mirja Weiss

Layout

COBRA: Communication & Branding
www.agencecobra.ch

Druck

ALPAComm SA
alpacom.ch

Auflage

Deutsch: 1000 Stück
Französisch: 700 Stück

Korrespondenzadresse

martial.pasquier@unil.ch
021 692 20 44
Universität de Lausanne IDHEAP
CH-1015 Lausanne

Einleitung

Wie haben die ehemaligen Abgeordneten ihr berufliches und politisches Engagement unter einen Hut gebracht und wie erleben sie beim Ausscheiden aus dem politischen Amt den Übergang in die Erwerbsarbeit? In den letzten Jahren stand die berufliche Situation von Abgeordneten nach Ablauf ihres Mandats wiederholt im Fokus der Medien und der Öffentlichkeit. So wird über ehemalige Parlamentarierinnen und Parlamentarier berichtet, welche bei Mandatsende ohne Erwerbsarbeit und ohne Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung dastehen. Ähnlich problematische Situationen zeigen sich auch bei den ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräten, auch diese sind aufgrund ihrer Nicht-Wiederwahl teils mit einer längeren Arbeitslosigkeit konfrontiert.

Die vorliegende Studie widmet sich dieser Problematik, indem sie zwei für die eidgenössischen Räte und die kantonalen Exekutiven relevante Aspekte näher untersucht. So wird zunächst auf die Vereinbarkeit von Politik und Beruf eingegangen, wobei aufgezeigt wird, wie die ehemaligen Parlamentsmitglieder die Kombination von politischer Amtsarbeit und beruflicher Tätigkeit bewerkstelligt haben. Anschliessend wird anhand der Antworten der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung wie auch der ehemaligen Mitglieder der Kantonsregierungen ausgeführt, wie sie den Übergang bzw. die Wiedereingliederung ins Berufsleben nach ihrer Amtszeit erlebt haben.

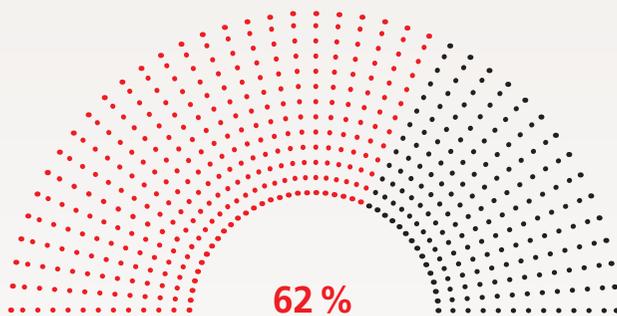
Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse wurden im Rahmen einer schriftlichen Befragung erhoben. Angeschrieben wurden alle Personen, welche sich der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung (VEMBV) angeschlossen haben. Von den insgesamt 547 postalisch versandten Fragebogen, wurden deren 340 beantwortet und retourniert, was einer Rücklaufquote von 62 % entspricht. Betrachtet man sämtliche, noch lebenden ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung, so beträgt der Rücklauf 57 %.

Die erfassten Daten sind für die Grundgesamtheit repräsentativ, zumindest in Bezug auf das Geschlecht und die sprachliche Zugehörigkeit. So befinden sich unter den 340 antwortenden Personen 70 Frauen (21%) und 265 Männer (79%) – gemäss den Daten des Archivs der Bundesversammlung beträgt der Anteil der Frauen bei

den ehemaligen Parlamentsmitgliedern 25 %, jener der Männer 75 %. Was die Sprachzugehörigkeit betrifft, so sind 65 % aller Befragten deutschsprachig, 29 % französischsprachig, 4 % italienischsprachig und lediglich 2 % zählen zur rätoromanischen Sprachgruppe – was 3 Personen entspricht. Diese Aufteilung kommt derjenigen der letzten Legislaturperiode sehr nahe¹.

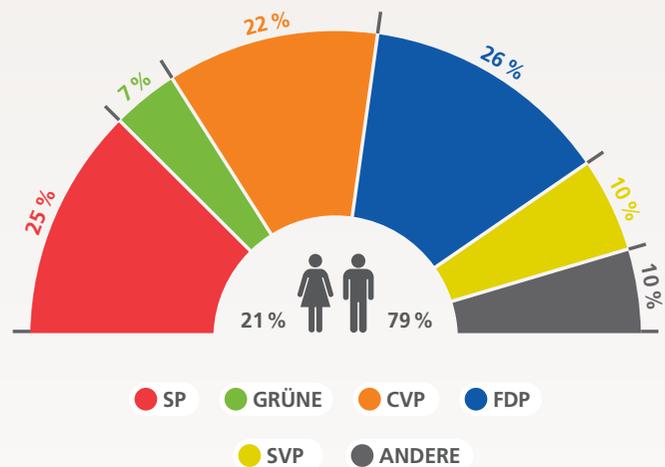
Bezüglich der Parteizugehörigkeit der befragten Personen sind 26 % Mitglieder der FDP, 25 % der SP und 22 % der CVP. Nur 10 % der Stichprobe gehören der SVP an und 7 % sind Mitglieder der Grünen. Parteien mit weniger als 5 Antwortenden wurden unter «Andere» zusammengefasst (10 %). Die überwiegende Mehrheit der Befragten (89 %) ist 60-jährig oder älter. Gegen 9 % sind zwischen 51 und 60 Jahre alt und lediglich 2 befragte Personen (2 %) sind jünger als 40.

Zahl der Antwortenden
und Rücklaufquote



340/547 Mitglieder der VEMBV

Merkmale der Antwortenden
(Geschlecht und Partei)



¹ «The Swiss Parliament as a plurilingual forum». Kommunikation vom 10. Oktober 2014 von Philippe Schwab, Generalsekretär der Bundesversammlung. Abgerufen auf: <https://www.parlament.ch/centers/documents/en/discours-philippe-schwab-asgp-geneve-2014-10-10-e.pdf>

Die Vereinbarkeit von Beruf und nationalem Parlamentsmandat (I)

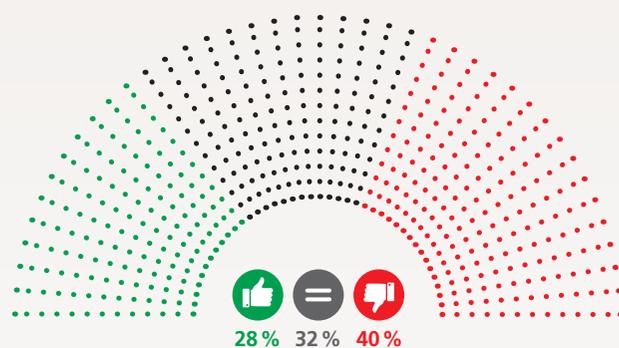
Da das Schweizer Parlament auf dem Milizsystem basiert, bleiben die Mitglieder des National- und Ständerats mehrheitlich während ihres gesamten politischen Mandats beruflich aktiv. Die Vereinbarkeit von Beruf und politischem Engagement stellt dabei allerdings häufig eine Herausforderung dar.

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Parlamentsmandat **von 40 % der ehemaligen Ratsmitglieder als schwierig beurteilt wird**, während lediglich 28 % angeben, dass sie die Kombination als einfach erlebt haben.

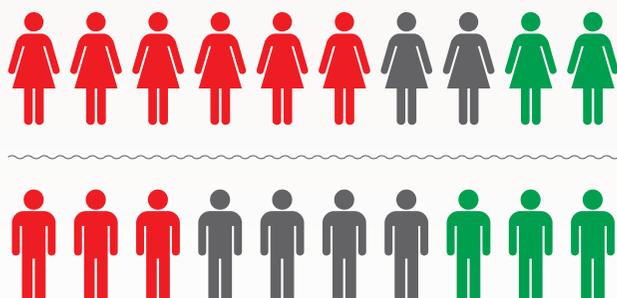
Für die Frauen scheint die Vereinbarkeit von Beruf und Politik eine grössere Herausforderung zu sein, wird diese doch von 60 % aller befragten Ex-Parlamentarierinnen als schwierig eingeschätzt, während bei den Ex-Parlamentariern nur 33 % dieser Meinung sind.

Betrachtet man die Parteizugehörigkeit, so zeigt sich, dass die Vereinbarkeit **vor allem von den Mitgliedern der SP und insbesondere von den Mitgliedern der Grünen als schwierig beurteilt** wird. Die Mitglieder der SVP schätzen die Vereinbarkeit dagegen als am wenigsten problematisch ein.

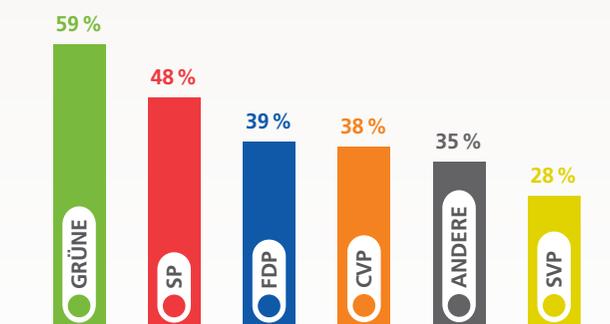
Anteil der ehemaligen Ratsmitglieder, welche die Vereinbarkeit als **einfach** / weder noch / **schwierig** beurteilen



Anteil der ehemaligen Ratsmitglieder, welche die Vereinbarkeit als **einfach** / weder noch / **schwierig** beurteilen, nach Geschlecht



Anteil der ehemaligen Ratsmitglieder, welche die Vereinbarkeit als **schwierig** einschätzen, nach Parteizugehörigkeit



Die Vereinbarkeit von Beruf und nationalem Parlamentsmandat (II)

Die nachfolgenden Ausführungen zeigen, wie die Wahl in den National- bzw. Ständerat das Berufsleben der Abgeordneten beeinflusst hat. Um dies zu beantworten, haben wir die Veränderung des Beschäftigungsgrades, des Gesamteinkommens wie auch die Veränderung von Merkmalen der beruflichen Tätigkeit untersucht.

Bezüglich der **Veränderung des Beschäftigungsgrades** haben wir festgestellt, dass 71 % der befragten Personen ihre Berufstätigkeit reduziert haben, als sie ihr Amt in der Bundesversammlung antraten.

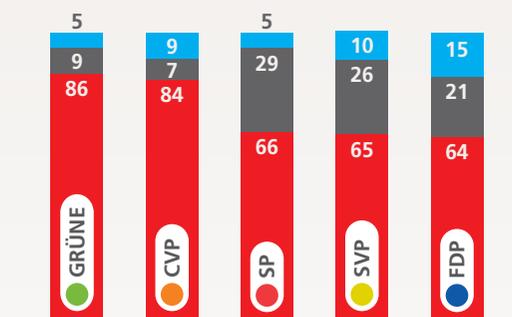
Die Veränderung des Beschäftigungsgrads variiert indes je nach Parteizugehörigkeit. So haben gut 8 von 10 Personen der CVP und der Grünen ihren Beschäftigungsgrad während ihres politischen Amtes reduziert. Auf der anderen Seite des Spektrums befinden sich die Mitglieder der FDP, der SVP und der SP, wobei diese

ihre Arbeitstätigkeit nur in 6 von 10 Fällen verringert haben. Gruppiert man die befragten Parlamentarierinnen und Parlamentarier nach ihrer beruflichen Tätigkeit, welche sie vor ihrer Wahl in die Eidgenössischen Räte ausgeübt haben, so zeigt sich, dass diejenigen Befragten, welche im öffentlichen Sektor arbeiten oder einer selbständigen Erwerbstätigkeit nachgehen, ihr berufliches Arbeitspensum am häufigsten reduziert haben (mit entsprechenden Werten von 75 % bzw. 78 %).

Mit der Wahl ins Parlament hat sich das **Gesamteinkommen** der Befragten in 54 % aller Fälle erhöht. Betrachtet man dagegen die Fälle, in denen das Gesamteinkommen gesunken ist, so stellt man fest, dass die Frauen hier überdurchschnittlich stark vertreten sind: 30 % aller Frauen geben an, dass sie eine Reduktion ihres Gesamteinkommens erfahren haben (bei den Männern sind es 19 %). Auch gilt es zu erwähnen, dass diejenigen Befragten, welche vor der Wahl im öffent-



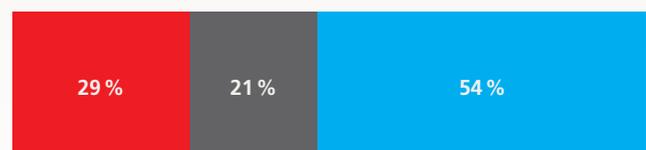
Veränderung des Beschäftigungsgrades, nach Parteizugehörigkeit (%)



Veränderung des Beschäftigungsgrades



Veränderung des Gesamteinkommens



lichen Sektor oder in selbständiger Stellung tätig gewesen sind, die vergleichsweise grösste Reduktion des Gesamteinkommens erfahren haben, was sicherlich auch mit der Reduktion des Beschäftigungsgrades zusammenhängt.

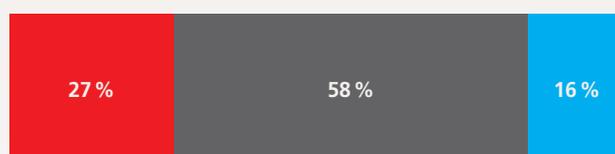
Interessant erscheint zudem, dass die Mehrzahl der ehemaligen Parlamentsmitglieder der Ansicht ist, dass die Ausübung des politischen Mandats den **Verantwortungs- und Interessantheitsgrad ihrer beruflichen Tätigkeit** nicht beeinflusst hat. Konkret sagen 58 % bzw. 62 % der befragten Personen, dass ihre berufliche Tätigkeit hinsichtlich Verantwortung und Interessantheit stabil geblieben ist.

Zudem geben 34 % der ehemaligen Parlamentsmitglieder an, dass der **Verantwortungsgrad bei ihrem Engagement als Verwaltungsrat, Stiftungsrat oder Vereinsvorstand** mit der Wahl ins Parlament gestiegen ist. Betrachtet man die Ergebnisse bezüglich der politischen Gesinnung, so haben die Mitglieder der Parteien des politisch rechten Spektrums, insbesondere jene der FDP (48 %) und der SVP (43 %) – im Vergleich zu jenen der links angesiedelten Parteien – anteilmäs-

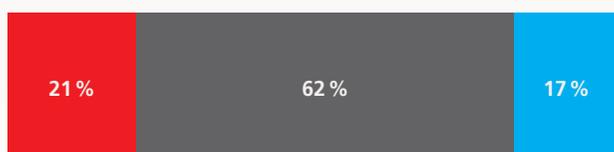
sig häufiger eine Zunahme des Verantwortungsgrades erfahren. Unterscheidet man nach der Art der ausgeübten Berufstätigkeit bei Amtsantritt, so sind nur die Befragten, welche in der Privatwirtschaft gearbeitet haben, mehrheitlich der Meinung, dass ihr Verantwortungsgrad im Verwaltungsrat, Stiftungsrat oder Vereinsvorstand zugenommen hat (57 %). Zudem steigt die Verantwortung mit zunehmender Amtsdauer unter der Bundeskuppel.



Verantwortungsgrad der beruflichen Tätigkeit



Interessantheitsgrad der beruflichen Tätigkeit



Verantwortungsgrad im Verwaltungsrat, Stiftungsrat oder Vereinsvorstand



ZEITLICHE BETRACHTUNG

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Daten ist es möglich, die Entwicklung gewisser Ergebnisse über mehrere Legislaturperioden hinweg – von der 42. Legislatur (1983-1987) bis hin zur aktuellen Legislatur (2015-2019) – zu betrachten. In der Befragung wurden alle Personen kontaktiert, welche am 15. November 2018 auf der Liste der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung (VEMBV) waren. Dadurch haben wir auch jene Personen erreicht, welche ihr Mandat im Verlaufe der aktuellen Legislaturperiode beendet haben. Bis in die frühen 2000er Jahre wurde die Kombination von Beruf und Parlamentsmandat grundsätzlich als unproblematisch erlebt.

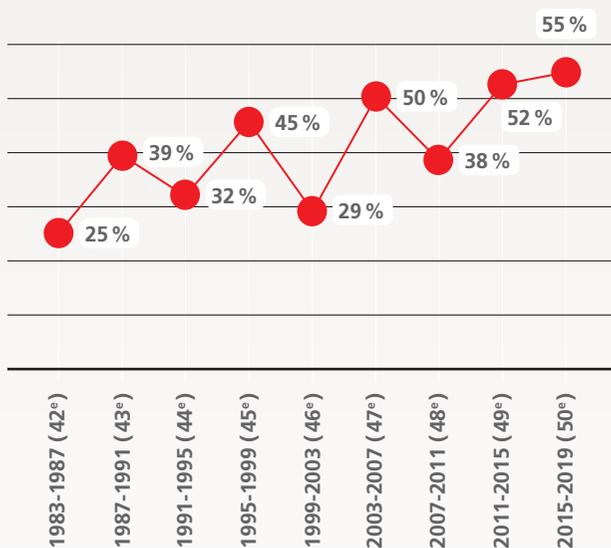
Allerdings wird die Vereinbarkeit im Laufe der Legislaturperioden zunehmend schwieriger. Diese Tendenz ist relativ deutlich, hat sich die Zahl der Personen, welche

die Vereinbarkeit von Beruf und Politik als schwierig einschätzen, im Verlaufe der letzten drei Legislaturperioden doch mehr als verdreifacht.

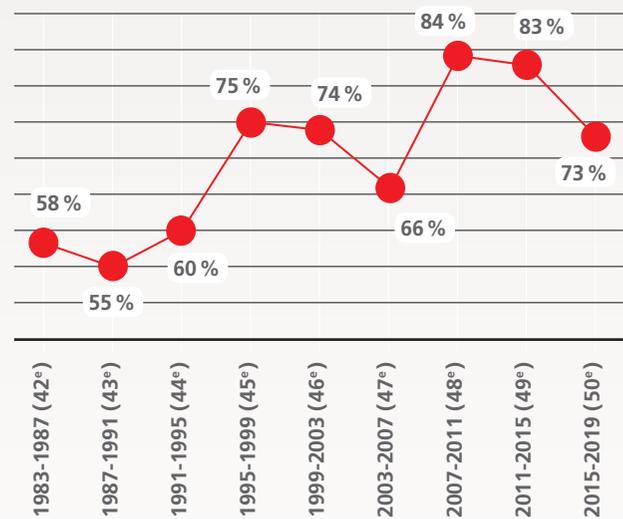
Hinzu kommt, dass über die verschiedenen Legislaturperioden hinweg eine Tendenz zu einer immer häufigeren Reduktion des Beschäftigungsgrades zu erkennen ist. Diese Ergebnisse **deuten insgesamt auf eine steigende Komplexität und eine zunehmende Professionalisierung der parlamentarischen Arbeit hin.**

Eine steigende Tendenz hat sich auch bei der Entwicklung des Gesamteinkommens und bei der Entwicklung des Verantwortungsgrades in Verwaltungsräten, Stiftungsräten oder Vereinsvorständen ergeben. Die übrigen untersuchten Aspekte haben sich als zeitlich stabil erwiesen.

Entwicklung der empfundenen Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Politik der ehemaligen Ratsmitglieder



Entwicklung des Anteils der Personen, welche ihren Beschäftigungsgrad reduziert haben.



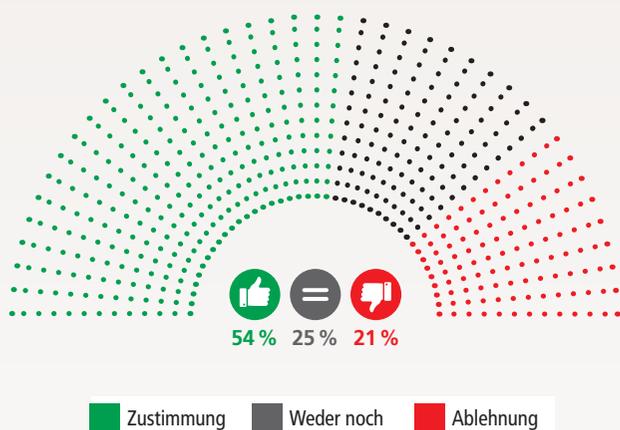
Der Übergang ins Berufsleben der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung (I)

Was tun die Mitglieder des National- und Ständerats nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament? Wie aus den Ergebnissen hervorgeht, hat die Ausübung eines politischen Mandats in der Legislative grundsätzlich einen positiven Einfluss auf die berufliche Tätigkeit *nach* dem Mandat. **So sind 54 % der ehemaligen Ratsmitglieder der Ansicht, dass ihr Engagement im Parlament in beruflicher Hinsicht von Vorteil gewesen ist.** Nur bei den Mitgliedern der Grünen überwiegt die Meinung, dass das politische Mandat beruflich keine Vorteile gebracht hat.

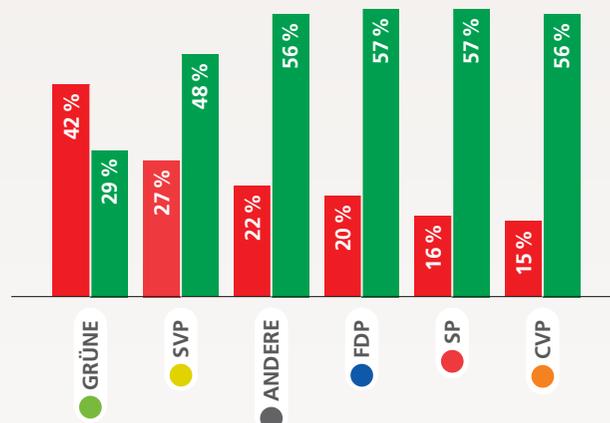
Mehr als die Hälfte der Befragten (62 %) sind der Meinung, dass die im Rahmen der politischen Tätigkeit **erworbenen Kompetenzen und Kenntnisse mit der beruflichen Tätigkeit nach ihrem Mandat in Zusammenhang stehen.** Hierzu sei erwähnt, dass dieser Eindruck mehrheitlich positiv ist, unabhängig von der beruflichen Tätigkeit nach dem Mandat.

Zudem sind 5 von 10 Befragten (51 %) der Meinung, dass **die Ausübung des Mandats nicht dazu geführt hat, dass sie beruflich nicht mehr auf dem neusten Stand der Entwicklungen sind.**

Das Mandat war in beruflicher Hinsicht vorteilhaft



Das Mandat war in beruflicher Hinsicht vorteilhaft



Zusammenhang zwischen den Kompetenzen und Kenntnissen des/der Abgeordneten und der beruflichen Tätigkeit nach dem Mandat



Kein Verpassen der neusten Entwicklungen im beruflichen Bereich

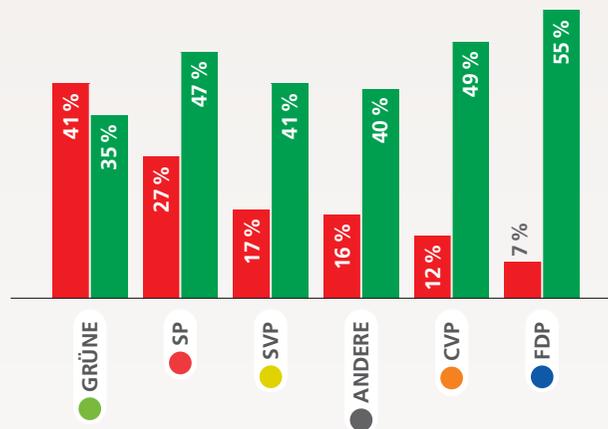


Hinsichtlich der politischen Exponiertheit sagen 48 % der befragten Personen, dass die mit dem Mandat verbundene, **exponierte Stellung die Stellensuche nicht erschwert hat, während 17 % gegenteiliger Meinung sind**. Interessante Unterschiede ergeben sich bezüglich der Parteizugehörigkeit: So sind 41 % der Mitglieder der Grünen der Ansicht, dass die Stellensuche aufgrund ihrer politischen Exponiertheit schwieriger war. Auf der anderen Seite des Spektrums liegen die Mitglieder der FDP – nur gerade 7 % dieser Befragten finden, dass sich ihre exponierte Position nachteilig auf die Stellensuche ausgewirkt hat.

Rund 45 % der Befragten sind der Ansicht, **dass ihr Mandat hinsichtlich Altersvorsorge und der fehlenden Beitragspflicht der zweiten Säule zu keinen Problemen geführt hat**. Bei denjenigen befragten Personen, welche auf entsprechende Probleme hinweisen, sind die Frauen (35 %) im Vergleich zu den Männern (22 %) übervertreten. Ergänzend sei vermerkt, dass 8 % der Befragten im Rahmen einer offenen Frage spontan eine Verbesserung des Vorsorgesystems mittels zweiter Säule vorgeschlagen haben.



Die politische Exponiertheit hat beruflich zu keinen Nachteilen geführt, nach Parteizugehörigkeit



Die politische Exponiertheit hat beruflich zu keinen Nachteilen geführt



Das politische Amt hat zu keinen Problemen bezüglich der Altersvorsorge geführt

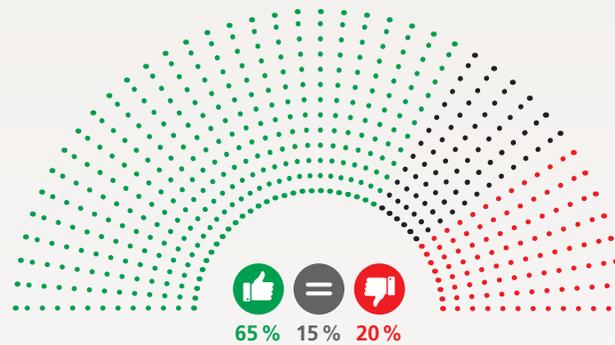


Angesichts dieser Ergebnisse erstaunt es nicht, dass **65 % der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung den Übergang von ihren politischen Aktivitäten zurück ins Berufsleben als einfach erlebt haben**. Lediglich 20 % aller befragten Personen waren mit einer schwierigen Situation konfrontiert. Hiervon waren 17 Personen nach Ablauf ihres Mandats auf der Suche nach einer Stelle, was durchschnittlich sechs Monate dauerte.

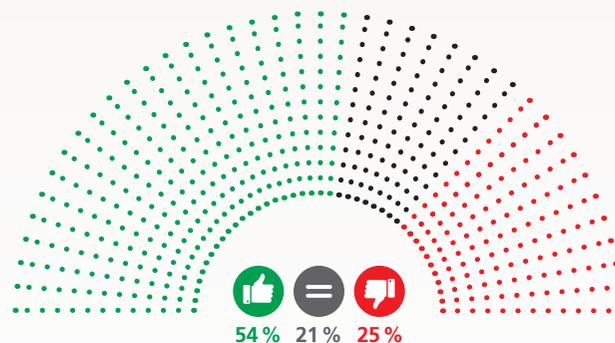
Abschliessend sei erwähnt, dass die befragten Ex-Parlamentarierinnen und Ex-Parlamentarier den Übergang ins Berufsleben – ganz allgemein und unabhängig von ihrer persönlichen Situation betrachtet – als weniger einfach einschätzen als ihr eigener Wechsel: So sind nur **54 % der ehemaligen Ratsmitglieder der Meinung, dass die Rückkehr ins Berufsleben allgemein betrachtet einfach ist, während 25 % dies als schwierig beurteilen**.

- Einfach
- Weder noch
- Schwierig

Ausmass der persönlich wahrgenommenen Schwierigkeiten beim Übergang ins Berufsleben der ehemaligen Ratsmitglieder



Ausmass der Schwierigkeiten beim Übergang ins Berufsleben der ehemaligen Ratsmitglieder – allgemeine Betrachtung



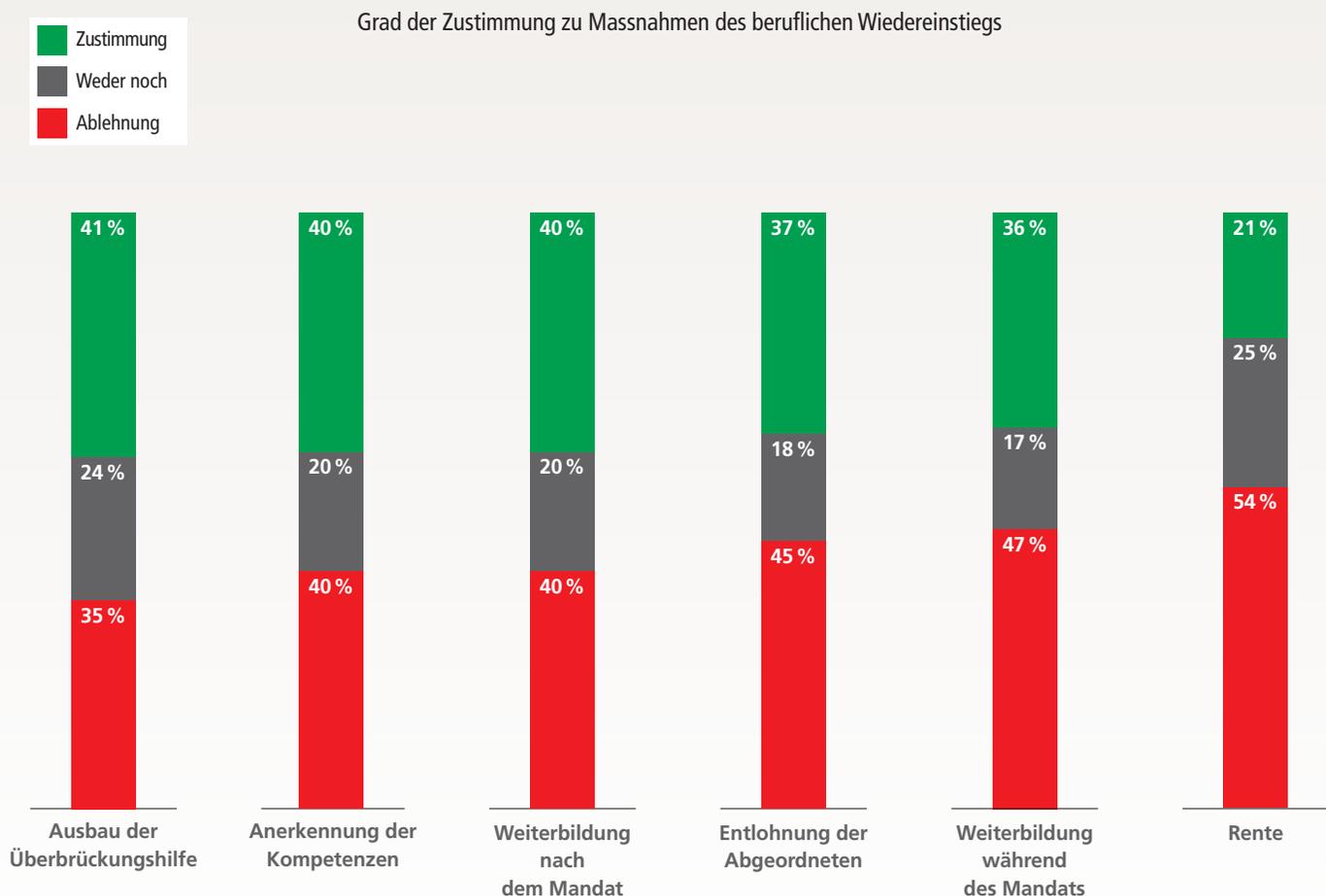
Der Übergang ins Berufsleben der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung (II)

MASSNAHMEN ZUR ERLEICHTERUNG DES WIEDEREINSTIEGS INS BERUFSLEBEN

Wir haben den ehemaligen Ratsmitgliedern sechs Massnahmen zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs vorgeschlagen. Die **Massnahme mit der grössten Zustimmung betrifft den Ausbau der heutigen Überbrückungshilfe für ehemalige Abgeordnete (41 %)**. Dahinter folgt die Einführung eines Systems zur Anerkennung der erworbenen Kompetenzen sowie die Möglichkeit, nach dem politischen Mandat eine Weiterbildung zu absolvieren. Die weiteren Vorschläge erhalten weniger als 40 % Zustimmung. Hierzu zählen das Absolvieren einer Weiterbildung während des politischen Mandats, das Einrichten eines Rentensystems sowie die Möglichkeit, die Ratsmitglieder zu entlohnen, damit auch sie unter das Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung (AVIG) fallen.

Die Parteien des linken Spektrums stehen den Massnahmen zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs tendenziell offener gegenüber als die rechten Parteien. Frauen weisen bei allen Massnahmen eine höhere Zustimmung auf als Männer. Und beim Vergleich der Sprachzugehörigkeit, sind es die französischsprachigen Befragten, welche die verschiedenen Vorschläge tendenziell am meisten befürworten. Die grösste Skepsis gegenüber den Massnahmen zeigt sich dagegen bei den ehemaligen Ratsmitgliedern aus der italienischsprachigen Schweiz.

Betrachtet man die vor dem Mandat ausgeübten Tätigkeiten, so deuten die Ergebnisse daraufhin, dass diejenigen Befragten, welche in einer Non-Profit-Organisation oder im öffentlichen Sektor tätig gewesen sind, den vorgeschlagenen Massnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg speziell offen gegenüberstehen. Umge-



kehrt beurteilen diejenigen Befragten, welche aus der Privatwirtschaft stammen, Selbständigwerbend sind oder ein bezahltes politisches Amt innehaben – zum Beispiel ein Regierungsrat oder ein bezahltes Mitglied eines Gemeinderats – die vorgeschlagenen Massnahmen eher kritisch. Erwähnenswert erscheint schliesslich auch, dass Personen, welche eine Weiterbildung gemacht haben, die Vorschläge bezüglich einer Weiterbildung während oder nach dem Mandat eher skeptisch betrachten, während sie die übrigen Massnahmen tendenziell befürworten.

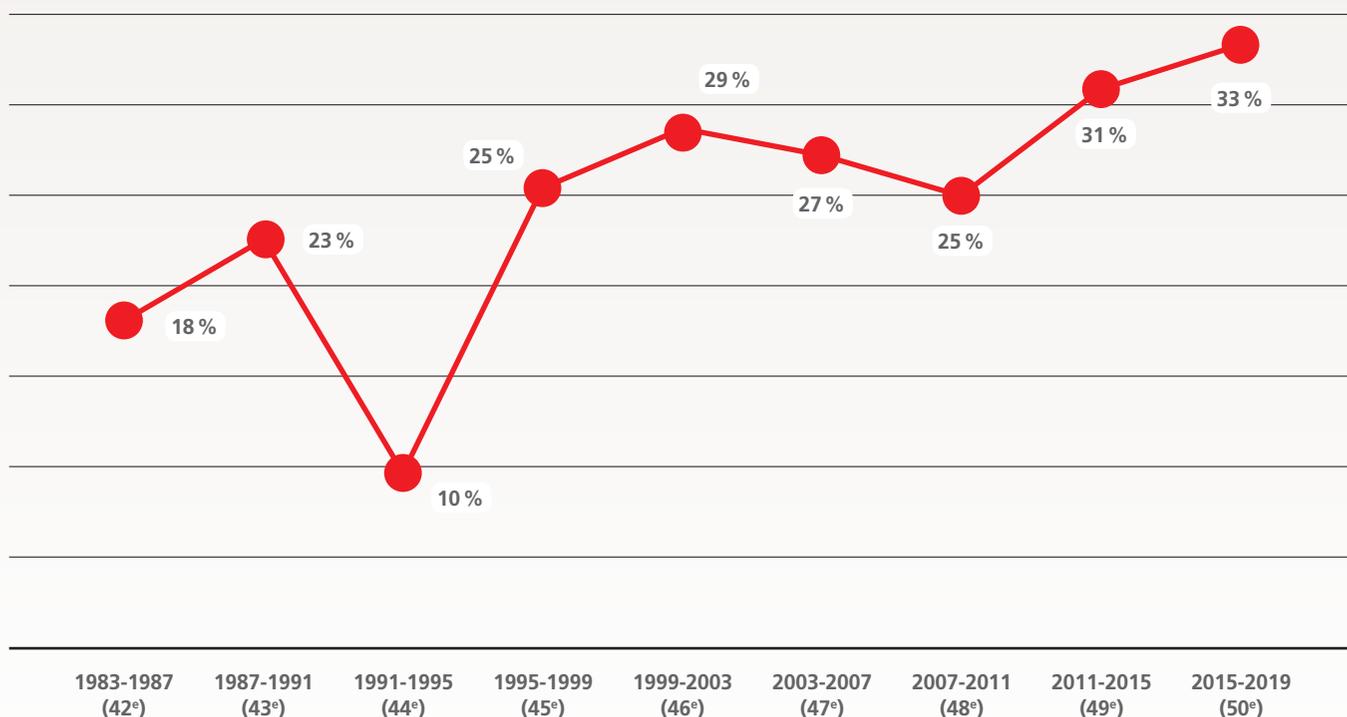
ZEITLICHE BETRACHTUNG

Analysiert man die Ergebnisse zum beruflichen Wiedereinstieg über die Zeit hinweg, so lässt sich erkennen, dass diejenigen ehemaligen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche erst kürzlich aus ihrem Mandat ausgeschieden sind, den Übergang und Wieder-

einstieg ins Berufsleben eher problematisch einschätzen. Dies deutet darauf hin, dass **die Rückkehr in die Erwerbsarbeit im Verlaufe der Legislaturperioden zunehmend komplexer wird**. Diese Beobachtung ist bedeutend, hat sich der Anteil der Befragten, welche den Wiedereintritt ins Berufsleben als schwierig beurteilen, über all die untersuchten Legislaturperioden doch fast verdoppelt.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse gilt es unserer Meinung nach zu berücksichtigen, dass die Parlamentsmitglieder den Beschäftigungsgrad während ihrer Amtszeit zunehmend reduzieren.

Entwicklung der wahrgenommenen Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg ins Berufsleben aus der Sicht der ehemaligen Ratsmitglieder



Um die ehemaligen Mitglieder der kantonalen Exekutiven – diese werden nachfolgend als « Regierungsrat » bezeichnet – zu kontaktieren, haben wir die Staatskanzleien der Kantone um Unterstützung gebeten. Von den 26 kontaktierten Staatskanzleien, haben deren 16 auf unsere Anfrage geantwortet, sodass wir 209 ehemalige Regierungsratsmitglieder anschreiben konnten. Insgesamt wurden 159 Fragebogen retourniert, was einer hohen Rücklaufquote von 76 % entspricht.

Die effektive Stichprobe umfasst somit 159 Personen und enthält 14 % Frauen und 86 % Männer. Insgesamt sind 68 % der Befragten deutschsprachig, 31 % sind

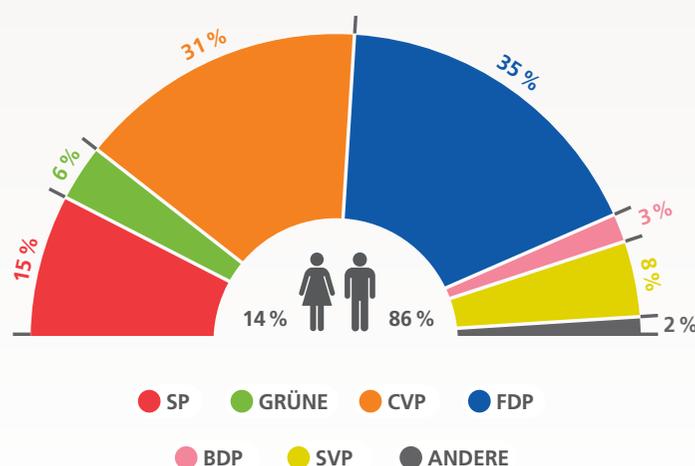
französischsprachig und eine einzige Person spricht rätoromanisch. Was die Parteizugehörigkeit der Befragten betrifft, so sind 35 % der Stichprobe Mitglied der FDP, 31 % der CVP und 15 % der SP. Weniger als jeder zehnte Befragte ist Mitglied der SVP, der Grünen oder der BDP (die konkreten Anteile betragen 8 %, 6 % bzw. 3 %). Parteien mit weniger als 5 Vertretern wurden unter « Andere » zusammengefasst (2 %). Betrachtet man das Alter der Befragten, so fällt auf, dass in der Stichprobe nur gerade 2 Personen vertreten sind, welche zwischen 41 und 50 Jahre alt sind. 22 Personen sind zwischen 51 und 60 Jahre alt (14 %), während die überwiegende Mehrheit 60-jährig oder älter ist (85 %).

Zahl der Antwortenden



159 / 209 ehemalige Regierungsratsmitglieder

Merkmale der Antwortenden (Geschlecht, Partei)



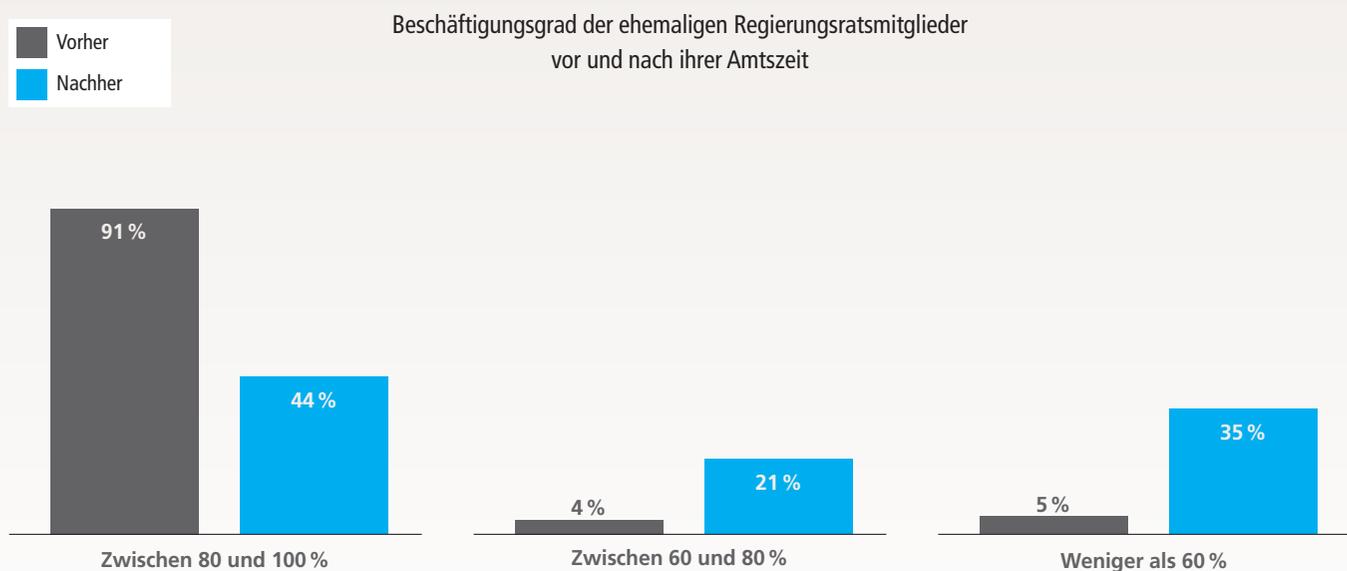
Die Wiedereingliederung der ehemaligen Regierungsratsmitglieder (I)

Die Situation der ehemaligen Regierungsratsmitglieder am Ende ihrer Amtszeit ist nicht wirklich vergleichbar mit jener der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung. Auf der einen Seite bestehen die Exekutiven der Kantone aus direkt vom Volk gewählten Mitgliedern, welche ihr Mandat im Vollamt ausüben. Auf der anderen Seite gewähren verschiedene Kantone ihren ehemaligen Regierungsmitgliedern eine Rente.

Tatsächlich übt die **Mehrzahl der kantonalen Exekutivmitglieder neben ihrem politischen Amt keine weitere berufliche Tätigkeit aus**. Am Ende ihrer Amtszeit können sie dann wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen oder sich aus dem Berufsleben zurückziehen. Daher bevorzugen wir im vorliegenden Kontext den Begriff Wiedereingliederung anstelle von Übergang. Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der Befragten (56 %) nach ihrer Amtszeit einer selbständigerwerbenden Tätigkeit nachgehen, 21 % entscheiden sich für den Ruhestand. Zudem arbeitet gut jedes Zehnte ehemalige Regierungsratsmitglied als Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft (15 %), in einer öffentlichen Orga-

nisation (11 %) oder übernimmt ein bezahltes politisches Mandat (11 %). Und insgesamt 11 % der Befragten haben sich für ein Sabbatical bzw. eine berufliche Auszeit entschieden.

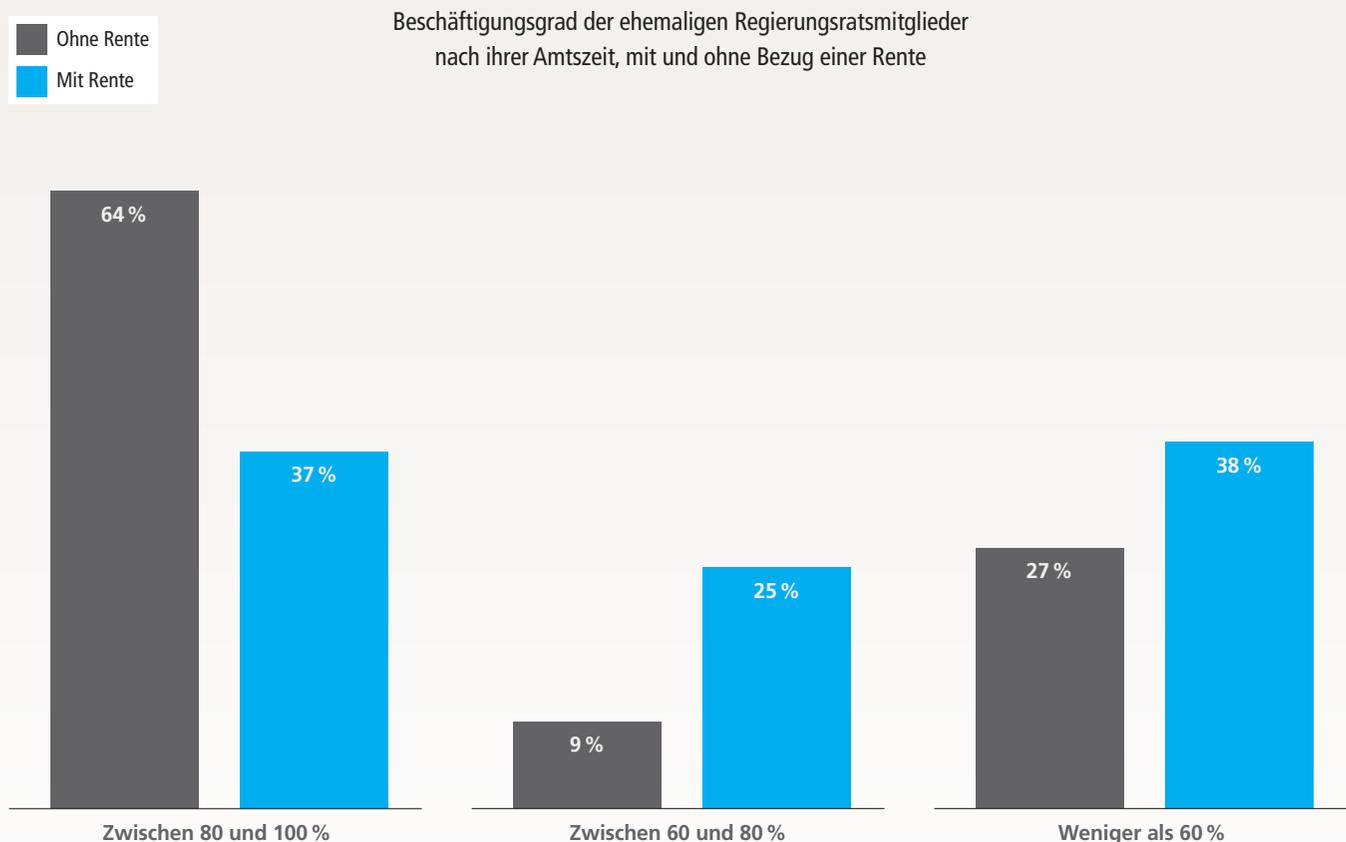
Die überwiegende Mehrheit der befragten Personen (91 %) hat – vor der Übernahme ihres politischen Amtes – mit einem Pensum zwischen 80 bis 100 % gearbeitet, nach Ablauf der Amtszeit waren nur noch 44 % aller Befragten zu diesem Pensum tätig. Der Anteil der Befragten, welche vor dem Mandat zwischen 60 und 80 % gearbeitet hat (4 %), vervielfacht sich nach dem Ausscheiden aus dem Amt (21 %). Und schliesslich geben rund 5 % der Befragten an, dass sie vor ihrer Wahl in den Regierungsrat weniger als 60 % gearbeitet haben. Nach Beendigung des Mandats weisen dagegen 35 % der Befragten ein Arbeitspensum von unter 60 % auf. Es gilt daher festzuhalten, dass die ehemaligen Mitglieder der Kantonsregierungen – im Vergleich zur Situation vor ihrer Wahl in einen Regierungsrat – dazu tendieren, ihr Arbeitspensum nach ihrer Amtszeit zu reduzieren.



Wie bereits erwähnt, **gewähren verschiedene Kantone ihren Regierungsmitgliedern nach Ablauf ihrer Amtszeit eine Rente**. Es überrascht daher nicht, dass einer grossen Mehrheit der Befragten eine Rente ausbezahlt wird (75 %). Die Existenz und die Besonderheiten dieser Renten fällt in die Zuständigkeit der jeweiligen Kantone. Es hat sich gezeigt, dass der Anteil der befragten Personen, welche eine Rente beziehen, bei den Französischsprachigen höher ist (90 %) als bei den Deutschsprachigen (68 %). Hinzu kommt, dass die Höhe der Rente variiert, da sie einem bestimmten Prozentsatz des Verdienstes als Regierungsrat entspricht. Von den Befragten, denen eine Rente ausbezahlt wird, erhalten 35 % weniger als 40 % ihres Verdienstes als Regierungsmitglied, die Hälfte bekommt zwischen 40 und 60 % und nur einem kleinen Teil (15 %) wird eine Rente von 60 % oder mehr des Verdienstes ausbezahlt.

Betrachtet man die ausgeübte Tätigkeit nach dem Mandat, so lassen sich hinsichtlich der Rente einige interessante Aspekte erkennen. So hat sich beispielsweise gezeigt, dass sämtliche ehemaligen Regierungsmitglieder, welche nach Ablauf ihrer Amtszeit für eine gemeinnützige Organisation arbeiten, eine Rente erhalten. Dasselbe gilt auch für die Mehrzahl der ehemaligen Regierungsmitglieder, die nach dem Ausscheiden aus der kantonalen Exekutive in den Ruhestand treten. Und auch die Befragten, welche sich für eine berufliche Auszeit entschieden haben (76 %) beziehungsweise einer selbstständigerwerbenden Tätigkeit nachgehen (75 %), kommen mehrheitlich in den Genuss einer Rente.

Und schliesslich haben wir auch gesehen, dass ehemalige Regierungsmitglieder, denen keine Rente ausbezahlt wird (64 %), mehrheitlich mit einem Arbeits-



pensum zwischen 80 und 100 % arbeiten, während diejenigen, die eine Rente erhalten (38 %), tendenziell eine Erwerbsquote von unter 60 % aufweisen.

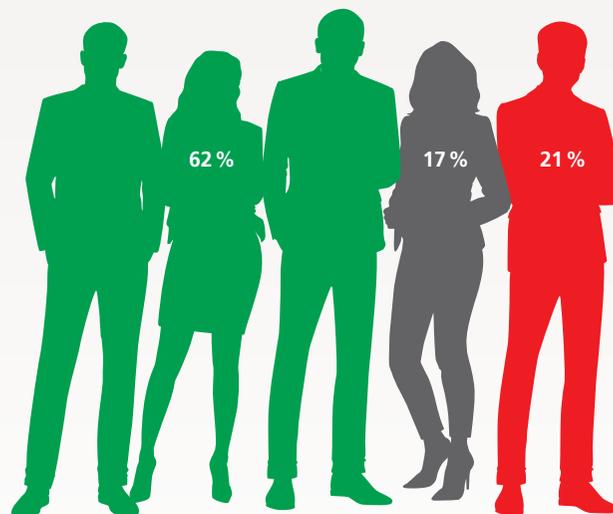
Was den Einfluss des Mandats auf die berufliche Laufbahn betrifft, so stimmen 62 % der ehemaligen Mitglieder der Aussage zu, dass die in der Exekutive gemachten, politischen Erfahrungen in beruflicher Hinsicht vorteilhaft waren. Der Anteil dieser Befragten ist dreimal so gross wie der Anteil der Befragten, die vom Gegenteil überzeugt sind (21 %). 17 % sind der Meinung, dass die Tätigkeit als Regierungsmitglied die berufliche Laufbahn weder positiv noch negativ beeinflusst hat. Die **Ausübung ei-**

nes politischen Mandats in einer kantonalen Exekutive scheint sich somit mehrheitlich positiv auf die berufliche Tätigkeit nach dem Mandat auszuwirken.

Dieses Ergebnis scheint allerdings vom Bezug einer Rente sowie von bestimmten soziodemografischen und politischen Merkmalen abhängig zu sein. So zeigt sich, dass 66 % der Befragten mit einer Rente der Ansicht sind, dass ihr Mandat beruflich vorteilhaft gewesen ist, während nur 50 % der Personen ohne Rente gleicher Meinung sind. Ausserdem schätzen Personen mit höherer Rente den Einfluss auf den Beruf vorteilhafter ein.



Grad der Zustimmung zur Aussage, dass das Mandat in beruflicher Hinsicht vorteilhaft war



Was die weiteren Aspekte betrifft, so haben wir festgestellt, dass der Anteil der Frauen (73 %), die den Einfluss des Mandats auf den Beruf vorteilhaft einschätzen, höher ist als der entsprechende Anteil der Männer (60 %). Zudem ist der Anteil der deutschsprachigen Personen (76 %), die der Aussage zustimmen, höher als derjenige der Französischsprachigen (51 %). Und schliesslich haben wir auch festgestellt, dass die Mitglieder der Grünen die einzigen Befragten sind, welche mehrheitlich der Ansicht sind, dass das politische Amt in beruflicher Hinsicht nicht vorteilhaft gewesen ist.

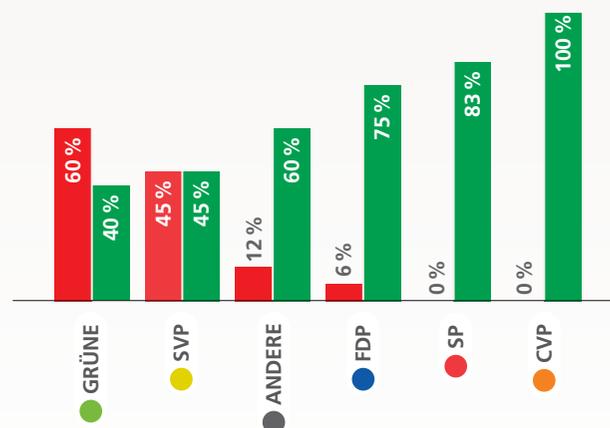
Und schliesslich scheint auch die Art der Tätigkeit nach der Ausübung des politischen Amtes den Eindruck der Befragten zu beeinflussen. So werden die in der Exekutive gemachten Erfahrungen vor allem von denjenigen politischen Mandat fortsetzen (92 %) oder in einer gemeinnützigen Organisation tätig sind (83 %). Eine deutlich geringere Zustimmung resultiert bei den Befragten, welche in der Privatwirtschaft arbeiten (50 %) oder als Selbständigerwerbende tätig sind (57 %).



Grad der Zustimmung zur Aussage, dass das Mandat in beruflicher Hinsicht vorteilhaft war, nach Geschlecht



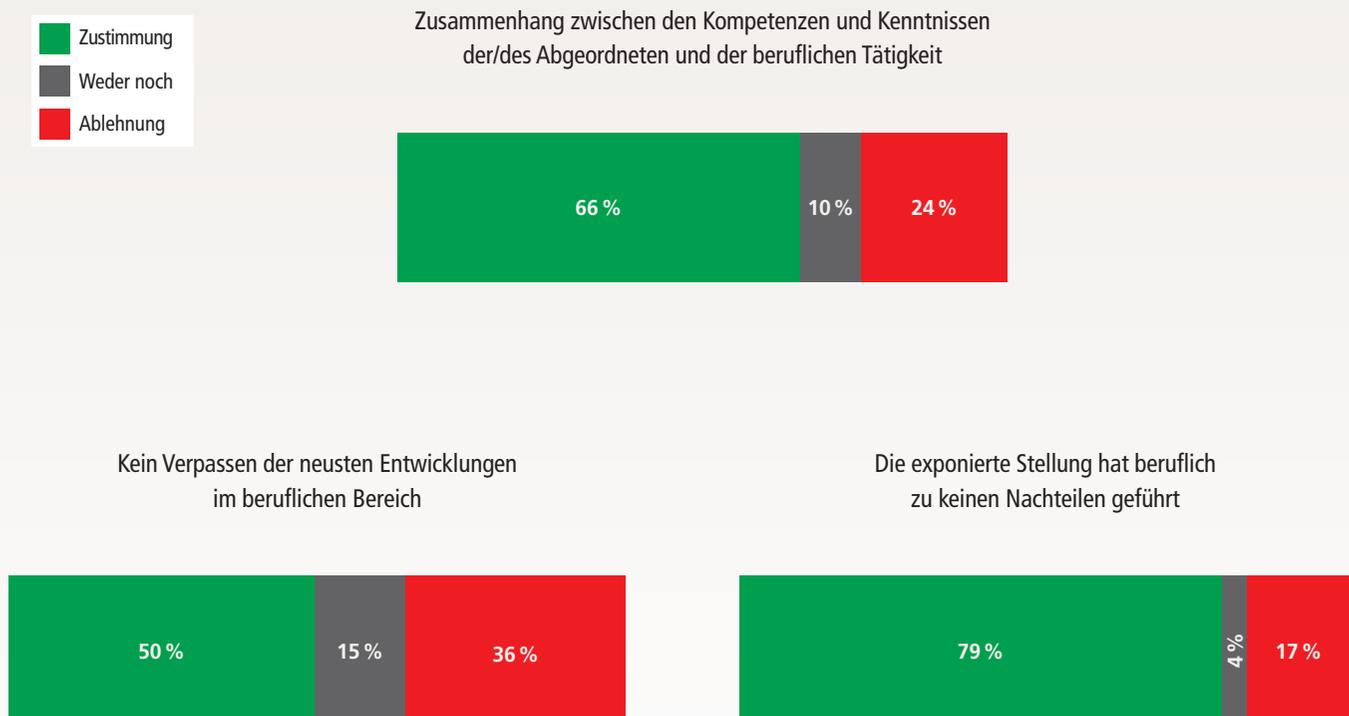
Grad der Zustimmung zur Aussage, dass das Mandat in beruflicher Hinsicht vorteilhaft war, nach Parteizugehörigkeit



Zwei Drittel der Befragten (66 %) sind der Ansicht, dass die im Rahmen der politischen Tätigkeit **erworbenen Kompetenzen und Kenntnisse mit der beruflichen Tätigkeit nach ihrem Mandat in Zusammenhang stehen**. Dies scheint insbesondere für jene Personen zu gelten, welche im öffentlichen Sektor (89 %) oder in einer gemeinnützigen Organisation (80 %) tätig sind. Diese Einschätzung wird auch von der Amtszeit der kantonalen Regierungsmitglieder beeinflusst – denn je länger die Amtszeit dauert, desto häufiger verweisen die Befragten auf einen Zusammenhang zwischen den im Rahmen des Amtes erworbenen Kompetenzen und Kenntnissen und der beruflichen Tätigkeit.

Zudem ist die Hälfte der ehemaligen Regierungsmitglieder der Meinung, dass die Arbeit als Regierungsrätin bzw. Regierungsrat nicht dazu geführt hat, dass sie beruflich nicht mehr auf dem neusten Stand der Entwicklungen sind.

Insgesamt sind 79 % der befragten Personen der Ansicht, **dass ihre exponierte Stellung als Mitglied eines Regierungsrats ihre Stellensuche nicht erschwert hat**. Der Anteil der ehemaligen Regierungsrätinnen, die der Meinung sind, dass sich ihre exponierte Position nachteilig auf die Stellensuche ausgewirkt hat, ist mit 30 % doppelt so hoch wie derjenige der ehemaligen Regierungsräte (15 %). Was die Sprache betrifft, so sind 27 % der Französischsprachigen der Meinung, dass ihre exponierte Stellung die Arbeitssuche behindert hat, verglichen mit 11 % der Deutschsprachigen. Bezüglich der Parteizugehörigkeit sind die Mitglieder der Partei der Grünen die einzigen, welche mehrheitlich der Meinung sind, dass die exponierte Stellung in beruflicher Hinsicht zu Nachteilen geführt hat (63 %).



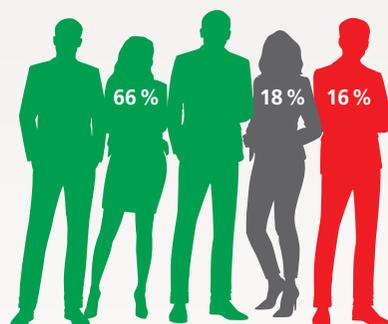
Die Wiedereingliederung der ehemaligen Regierungsratsmitglieder (II)

Angesichts der vorgängig erläuterten Ergebnisse ist es nicht überraschend, dass **die Mehrheit der ehemaligen Regierungsratsmitglieder (66 %) ihre berufliche Wiedereingliederung am Ende ihrer Amtszeit als einfach einschätzen**. Lediglich 16 % aller befragten Personen haben sich in einer schwierigen Situation befunden. Von den ehemaligen Mitgliedern, welche eine Rente erhalten, sind 69 % der Meinung, dass die Wiedereingliederung einfach gewesen ist, was bei Befragten ohne Rente nur bei 58 % der Fall ist. Die Höhe der Rente spielt ebenfalls eine Rolle, denn **je höher die Rente ist, desto häufiger beurteilen die Befragten den Wiedereinstieg ins Berufsleben als einfach**. So sind 33 % der Befragten mit einer Rente von weniger als 20 % ihres bisherigen Verdienstes der Ansicht, dass die Wiedereingliederung einfach war, während der Vergleichswert bei den Befragten mit einer Rente von über 60 % des Verdienstes bei fast 70 % liegt. Bei den Befragten, welche die Wiedereingliederung als schwierig betrachten, sind die Frauen übervertre-

ten: so sagen 35 % aller Frauen, dass ihre Wiedereingliederung schwierig gewesen sei, bei den Männern sind es indes nur 12 %. **Die Wiedereingliederung von Frauen scheint somit schwieriger zu sein**. Auch die sprachliche Zugehörigkeit spielt tendenziell eine Rolle, sind doch 28 % der französischsprachigen befragten Personen der Ansicht, dass die Wiedereingliederung schwierig ist, was allerdings nur bei 10 % der Deutschsprachigen der Fall ist. An dieser Stelle gilt es auch zu erwähnen, dass 5 Personen nach Ablauf ihrer Amtszeit auf Stellensuche waren, welche zwischen 6 und 24 Monaten dauerte.

Abschliessend sei vermerkt, dass die ehemaligen Regierungsratsmitglieder die Wiedereingliederung ins Berufsleben – allgemein betrachtet – weniger einfach einschätzen als ihre eigene berufliche Rückkehr. So sind **bei allgemeiner Betrachtung nur 44 % der befragten Personen der Meinung, dass die Wiedereingliederung einfacher sei, während 26 % diese als schwieriger beurteilen**.

Ausmass der persönlich wahrgenommenen Schwierigkeiten bei der beruflichen Wiedereingliederung der ehemaligen Regierungsratsmitglieder



Ausmass der im Allgemeinen wahrgenommenen Schwierigkeiten bei der beruflichen Wiedereingliederung der ehemaligen Regierungsratsmitglieder

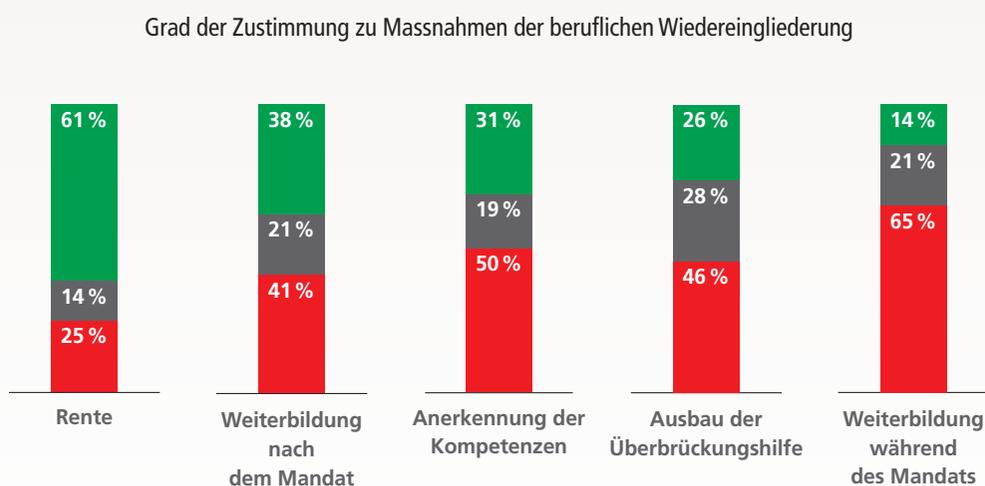
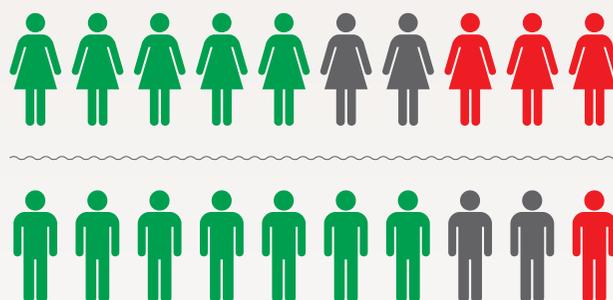


■ Einfach
 ■ Weder noch
 ■ Schwierig

Im Rahmen dieser Studie haben wir den ehemaligen Regierungsratsmitgliedern fünf verschiedene Massnahmen zur Erleichterung der beruflichen Wiedereingliederung vorgeschlagen. **Nur ein einziger Vorschlag – die Auszahlung von Renten – hat mehr als die Hälfte aller Befragten überzeugt.** Allerdings zeigt sich, dass die Mehrheit der ehemaligen Regierungsmitglieder ohne Rente, diese Massnahme ablehnen (54 %), während jene mit einer Rente, dieser klar zustimmen (das Ausmass der Zustimmung beträgt 69 %).

Die anderen vier Massnahmen – ein Weiterbildungsangebot während des Mandats, ein Weiterbildungsangebot nach dem Mandat, die Entwicklung eines Systems zur Anerkennung der angeeigneten Kompetenzen sowie die Einführung einer Überbrückungshilfe – wurden wesentlich kritischer beurteilt. Die Befragten hatten zudem die Möglichkeit, in einer offenen Frage weitere Massnahmen vorzuschlagen, was aber niemand genutzt hat.

Erwähnenswert erscheint auch, dass die Massnahmen zur Erleichterung der Wiedereingliederung von ehemaligen Regierungsmitgliedern bei den Parteien des linken politischen Spektrums auf mehr Zustimmung stossen als bei den Rechten. Auch stehen die Frauen den vorgeschlagenen Massnahmen insgesamt offener gegenüber als die Männer, ausser bei der Massnahme bezüglich der Weiterbildung während des Mandats. Was die vor dem Mandat ausgeübten Tätigkeiten anbelangt, so zeigt sich, dass Befragte, die für eine gemeinnützige Organisation arbeiten, den Massnahmen bezüglich der Anerkennung der im Amt erworbenen Kompetenzen und der Weiterbildung nach dem Mandat stärker zustimmen. Ganz anderer Meinung sind hier die Befragten, welche in der Privatwirtschaft arbeiten oder selbständig erwerbend sind, beurteilen diese die beiden Wiedereingliederungsmassnahmen doch deutlich kritischer.

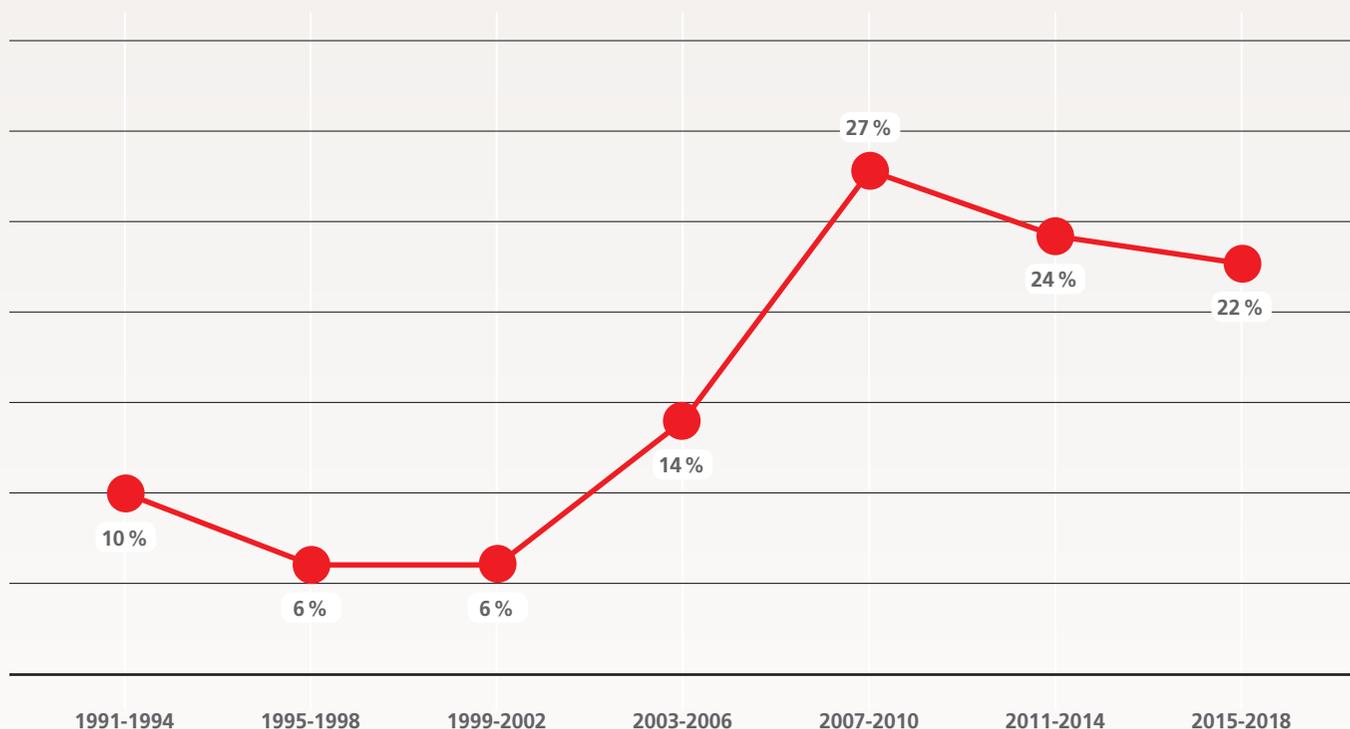


ZEITLICHE BETRACHTUNG DER ERGEBNISSE

Die Schwierigkeiten bei der beruflichen Wiedereingliederung nach einer Amtstätigkeit nehmen im Verlaufe der Zeit zu. So hat sich gezeigt, dass je weniger Jahre seit dem Ausscheiden aus dem politischen Amt vergangen sind, desto schwieriger wird der Wiedereinstieg ins Berufsleben wahrgenommen. Diese Entwicklung ist bedeutend, hat sich die Zahl der Personen, welche die Wiedereingliederung als problematisch erlebt haben, innerhalb der letzten 25 Jahren doch mehr als verdoppelt.

Hinzu kommt, dass die Zahl der Befragten, welche am Ende ihres Mandats keine Rente mehr erhalten, zugenommen hat. So haben sämtliche befragten Regierungsmitglieder, welche zwischen 1983 und 1994 aus dem Amt ausgeschieden sind, eine Rente erhalten. Nach 1995 erhielten 29 % der ausscheidenden Mitglieder keine Rente mehr, in der Periode 2015-2018 waren gar 39 % ohne Rente.

Entwicklung der wahrgenommenen Schwierigkeit beim beruflichen Wiedereinstieg
aus der Sicht der ehemaligen Regierungsmitglieder



Zusammenfassung der Ergebnisse

EHMALIGE MITGLIEDER DER BUNDESVERSAMMLUNG

Auf Bundesebene wird die Vereinbarkeit von politischer und beruflicher Tätigkeit allgemein als schwierig empfunden. Dies scheint insbesondere bei Frauen und Mitgliedern der Partei der Grünen der Fall zu sein, verweisen diese doch deutlich häufiger auf Schwierigkeiten.

Der Übergang ins Berufsleben am Ende eines Mandats unter der Bundeskuppel wird dagegen als eher einfach wahrgenommen. Die Mehrheit der befragten Ex-Parlamentarierinnen und Ex-Parlamentarier ist gar der Meinung, dass sich das politische Mandat positiv auf ihr Berufsleben ausgewirkt hat. Die Mitglieder der Partei der Grünen bilden hier allerdings eine Ausnahme, sind sie doch die einzigen mit gegenteiliger Meinung.

Die ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung sind allgemein gegen die Einführung der von uns vorgelegten Massnahmen zur Erleichterung des Wiedereinstiegs ins Berufsleben – mit Ausnahme von Überbrückungshilfen im Falle einer Nicht-Wiederwahl.

Interessant erscheint schliesslich auch, dass die mit der Vereinbarkeit von Beruf und Parlamentsmandat verbundenen Schwierigkeiten im Laufe der Legislaturperioden zugenommen haben. Hinzu kommt, dass auch die Rückkehr ins Berufsleben, über die Zeit hinweg betrachtet, zunehmend schwieriger wird.

EHMALIGE REGIERUNGSRATSMITGLIEDER

Die Mehrheit der ehemaligen Mitglieder einer kantonalen Exekutive schätzen ihre berufliche Wiedereingliederung am Ende ihrer Amtszeit als einfach ein. Dieses allgemeine Ergebnis verbirgt allerdings gewisse Nuancen. So ist beispielsweise zu erkennen, dass die berufliche Wiedereingliederung von Frauen oftmals problematisch verläuft, wird diese von den befragten Regierungsrätinnen doch häufig als schwierig eingeschätzt. Vergleichbares zeigt sich auch bei den Mitgliedern der Partei der Grünen. Zudem haben ehemalige Regierungsmitglieder, die eine Rente erhalten, im Allgemeinen positivere Ansichten als diejenigen ohne Rente.

Die Ausübung eines Mandats auf der Ebene einer kantonalen Exekutive wird von den meisten ehemaligen Regierungsmitgliedern als beruflich vorteilhaft eingeschätzt – Ausnahme bilden die Mitglieder der Partei der Grünen, sind sie doch mehrheitlich der Ansicht, dass ihnen das Mandat beruflich keine Vorteile verschafft hat.

Die ehemaligen Regierungsmitglieder stehen den vorgeschlagenen Massnahmen zur Erleichterung der Wiedereingliederung insgesamt eher kritisch gegenüber – die Massnahme bezüglich der Ausbezahlung einer Rente stellt dabei allerdings eine Ausnahme dar.

Aus der zeitlichen Betrachtung der Ergebnisse geht hervor, dass die Schwierigkeiten bei der beruflichen Wiedereingliederung im Laufe der Zeit zunehmen.

